

Parlamentsrede zum neuen Haushalt 2025

Oliver Paasch, 28.04.2025

Am 21. Oktober hat die Regierung Ihnen den 1. Haushaltsentwurf in dieser Legislaturperiode unterbreitet.

Damals sagte ich wörtlich:

„Selten waren die Ausgangsvoraussetzungen für eine Haushaltplanung so undurchsichtig, die Umstände so schwierig, die Berechenbarkeit so unsicher und die Vorbereitung eines Haushaltes so aufwendig und komplex wie diesmal.“

Warum war das so? Und - vor allem - warum ist das immer noch so?

Dafür gab es im Wesentlichen 2 Gründe, die weiterhin Bestand haben:

Erstens sind die makoökonomischen Rahmenbedingungen nicht nur schlecht, sondern zudem auch noch vollkommen unberechenbar.

Das war im Oktober 2024 so. Das ist immer noch so. Es ist sogar noch schlimmer geworden.

Seit der Hinterlegung des Ursprungshaushaltes ist das Wachstum in Belgien weiter zurückgegangen von 1,1 % auf 1,0 % im Jahre 2024 und von 1,3 % auf 1,2 % in 2025.

Dadurch sind unsere Einnahmen gesunken. Und wir müssen befürchten, dass es noch schlimmer kommt.

Das Trumpsche Zollchaos verunsichert nicht nur die Aktienmärkte auf der ganzen Welt.

Die angedrohten Handelskriege haben zudem das traurige Potenzial, die gesamte Weltwirtschaft und insbesondere die europäische Wirtschaft in eine tiefe Krise zu stürzen.

Da die Einnahmen unserer Gemeinschaft von eben diesem Wirtschaftswachstum abhängen, wird die rückwärtsgewandte Handelspolitik der USA auch uns bares Geld kosten.

Hinzukommt, dass dieser handelspolitische Wahnsinn womöglich die Verbraucherpreise wieder in die Höhe treiben und dadurch die Inflation zu befeuern wird.

Die Inflation ist hierzulande in den letzten Monaten zwar zurückgegangen. Das ist gut.

Aber wir sind noch nicht am Ziel.

Bei der Vorstellung des Ursprungshaushaltes im Oktober 2024 habe ich öffentlich Zweifel an den optimistischen Inflationsprognosen des belgischen Planbüros angemeldet.

Ich sagte: „Ob die Inflation, wie vom föderalen Planbüro vorhergesagt, im Jahre 2025 unter die 2 % - Marke sinkt, wage ich zu bezweifeln.“

Ich bedaure sehr, dass ich mit meinen Zweifeln Recht behalten habe.

Denn mittlerweile hat dasselbe Planbüro seine Inflationsprognose für das Jahr 2025 von 1,9 % auf 2,8 % angehoben. Der IWF geht für unser Land sogar von 3,2 % aus.

Diese Entwicklung hat zum Beispiel ganz konkret zur Folge, dass wir die Gehälter im öffentlichen Dienst in diesem Jahr nicht nur einmal sondern gleich 2-mal zu indexieren haben.

Die Gehälter im Unterrichtswesen und anderen öffentlichen Einrichtungen steigen also in diesem Jahr nicht, wie geplant, um 2 % sondern um 4 %.

Das hat millionenschwere Auswirkungen auf unseren Haushalt.

Der zweite Grund dafür, dass die Haushaltsplanung so schwierig war, ist und zumindest vorläufig bleibt, findet sich in einem blauen Brief der EU, den unsere Föderalregierung nach den letzten Wahlen, im Juli 2024, erhalten hat.

Bei der Vorstellung unseres Ursprungshaushaltes im Oktober 2024 war klar, dass die EU unserem Land kolossale Sparanstrengungen in Höhe von 28 Milliarden EUR abverlangen würde.

Damals war allerdings noch nicht klar, ob diese Sparanstrengung innerhalb von 4 Jahren oder innerhalb von 7 Jahren erbracht werden muss.

Damals war auch noch nicht klar, wie diese Anstrengung zwischen dem Föderalstaat und den einzelnen Gliedstaaten aufgeteilt wird.

Nun, das alles ist leider heute noch immer nicht klar...

Dazu gibt es immer noch keine innerbelgischen Absprachen.

Klar ist nur, dass die Sparanstrengungen insgesamt in Belgien grösser ausfallen werden, weil in der Zwischenzeit beschlossen wurde, die Ausgaben für unsere Verteidigung deutlich zu erhöhen.

Der Hohe Finanzrat hat daraufhin seine Empfehlungen an den Konzertierungsausschuss zur Aufteilung der Sparanstrengungen aktualisiert.

In den rein mathematischen Modellen des Hohen Finanzrates wird die DG gleich doppelt benachteiligt.

Erstens, weil der Kleinheit unserer Gemeinschaft nicht Rechnung getragen wird. Die Modelle wurden für größere Gebietskörperschaften entwickelt.

Zweitens weil mit diesen Modellen die Anstrengungen gleichsam durch Ausgabenkürzungen und durch neue Einnahmen aufgebracht werden sollen.

Soweit so gut.

Für uns ist das jedoch ein Problem, weil die Verfassung uns nicht erlaubt, zusätzliche Einnahmen zu erschließen.

Während in den mathematischen Modellen die FG mit der WR konsolidiert wird; wird davon ausgegangen, dass die DG der einzige Gliedstaat ist, der keinen Einfluss auf seine Einnahmen hat.

Folglich schlägt der Hohe Finanzrat vor, dass die DG im Gegensatz zu allen anderen Gliedstaaten sämtliche Anstrengungen über eine Kürzung der Ausgaben erbringen muss.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage das hier in aller Deutlichkeit: das werde ich auf keinen Fall akzeptieren. Wir werden nicht hinnehmen, dass wir benachteiligt werden. Wir wollen gleichberechtigt behandelt werden. Und solange das nicht gewährleistet ist, wird die DG keinem finanzpolitischen Abkommen zustimmen.

Das habe ich dem belgischen Haushaltsminister Van Peteghem zuletzt noch vor 1 Stunde in einem persönlichen Gespräch gesagt.

Die Ausgangsvoraussetzungen für eine weitsichtige Haushaltsplanung bleiben also schwierig – das hat sich, wie Sie erkennen konnten, in den letzten Monaten nicht geändert – dennoch sind wir vergleichsweise gut auf die Unwägbarkeiten vorbereitet.

Und zwar weil wir gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode rechtzeitig, proaktiv und vorausschauend gehandelt haben.

Wir haben frühzeitig den Mut zu Sparmassnahmen und unpopulären Entscheidungen aufgebracht.

Wir haben im laufenden Haushalt rekurrent mehr als 15 Millionen pro Jahr eingespart und somit unsere Nettoprimärausgaben um 6 % gekürzt.

Das waren keine angenehmen Entscheidungen.

Nicht für uns; und erst recht nicht für die Betroffenen.

Ja, wir können sehr gut nachvollziehen, dass manche Sparmassnahmen unpopulär sind und Frust auslösen; dennoch müssen wir heute feststellen, dass wir richtig gehandelt haben.

Durch das letzte Programmdekret haben wir unsere Gemeinschaft vor Schlimmerem bewahrt und vor Strafen geschützt.

Das liegt eindeutig im Interesse kommender Generationen.

Das verstehen wir unter politischer Verantwortung.

Wir sind nicht gewählt worden, um Geschenke zu verteilen und uns jeden Tag beliebt zu machen.

Wir sind gewählt worden, um verantwortungsbewusst zu handeln und eine in jeglicher Hinsicht nachhaltige Politik zu gestalten.

So sehen das offensichtlich auch unsere Sozialpartner.

Wir sind dankbar dafür, dass 2 von 3 Gewerkschaften und alle Arbeitgeberverbände unseren Maßnahmen zugestimmt haben.

Das ist nicht selbstverständlich und zeigt, dass der Sozialdialog zumindest in unserer Gemeinschaft noch funktioniert.

In den letzten Wochen haben wir uns in vielen Gesprächen mit der Kontrolle des Haushaltes beschäftigt.

Mittlerweile liegt das vorläufige Ergebnis des Haushaltes 2024 vor.

Und wir sind erfreut festzustellen, dass wir nach den strengen europäischen Buchhaltungsnormen um 63 Millionen EUR besser abgeschnitten haben als geplant.

Allein im laufenden Haushalt 2024 konnten durch den Durchforstungsprozess mehr als 20 Millionen EUR eingespart werden.

Das ist ein ermutigendes Zeichen für zukünftige Haushalte.

Die heute vorliegende erste Haushaltsanpassung des Haushaltes 2025 wiederum enthält nur wenige Veränderungen.

Sie ist das Ergebnis einer strengen Haushaltsdisziplin, die wir über Verfahrensweisungen auf allen Ebenen vorgeschrieben haben.

Interessant dürfte in diesem Zusammenhang die Einigung sein, die wir mit den Gemeinden zu ihrer Finanzierung gefunden haben.

Wir hatten den Gemeinden bekanntlich einen Dialog auf Augenhöhe versprochen.

Und wir haben einen Dialog auf Augenhöhe geführt. Das werden Ihnen alle Teilnehmer bestimmt bestätigen.

Nach mehreren Verhandlungsrunden haben wir uns mit allen Bürgermeistern und Finanzschöffen darauf verständigt, noch in diesem Jahr einen Sonderfonds für Sozialhilfwohnungen und einen Solidaritätsfonds einzurichten.

Außerdem werden wir die ausstehenden Zahlungen für die Gemeindedotation ab 2028 jedes Jahr um 2 % erhöhen.

Die Regierung wird dem Parlament einen entsprechenden Dekretvorschlag unterbreiten.

Und wir werden in einer Arbeitsgruppe darüber beraten, ob ein neuer erteilerschlüssel für die Basisdotations notwendig und sinnvoll ist, und wie er aussehen könnte.

Auch diesen Dialog sind wir bereit auf Augenhöhe zu führen.

Um diese Vereinbarung finanzieren zu können, schlagen wir Ihnen heute vor, einen Sonderfonds für Gemeinden mit überdurchschnittlich vielen Sozialwohnungen einzurichten und mit 1,5 Millionen EUR pro Jahr auszustatten.

Den Solidaritätsfonds wiederum wollen wir mit 150.000 EUR speisen.

Die aktualisierte mittelfristige Finanzplanung, die wir heute verteilen, trägt all diesen Beschlüssen bereits Rechnung.

Mit dieser ersten Haushaltsanpassung erhöhen wir überdies die Mittel für das Personal im Unterrichtswesen, und zwar um 2 Millionen EUR.

Das ist die größte Veränderung, die wir Ihnen heute vorschlagen.

Wir werden die Unterrichtsgehälter in diesem Jahr, wie eingangs erwähnt, nicht nur 1-mal sondern gleich 2-mal indexieren.

Dadurch steigen die Gehälter zum Beispiel in unseren Schulen um 4 %.

Für das DUO-Stipendiensystem schlagen wir ebenfalls eine Erhöhung vor.

Wir wollen für die Förderung unserer Auszubildenden zusätzliche 500.000 EUR zur Verfügung stellen.

Die Mittel für das Pflegegeld werden um 700.000 EUR auf 7,5 Millionen EUR angehoben, um der Antragslage Rechnung zu tragen.

Die Kosten für das Pflegegeld sind in den letzten Jahren explosionsartig gestiegen.

Auf Dauer können wir uns diese Entwicklung jedoch nicht leisten.

Schon bei der Vorstellung des Ursprungshaushaltes habe ich deshalb angekündigt, dass wir eine Reform des aktuellen Systems ausarbeiten werden.

Ähnlich sieht es im Bereich der Energieprämien für private Haushalte aus.

Auch in diesem Bereich wollen wir eine Reform durchführen, um das System sozial gerechter zu machen und gleichzeitig die Kosten unter Kontrolle zu behalten.

Der Reformerlass liegt der Regierung bereits zur Beratung vor.

In der Zwischenzeit schlagen wir vor, die Finanzmittel für Energieprämien in diesem Jahr noch einmal um 1,8 Millionen EUR zu erhöhen.

Die Mittel für häusliche Hilfen wollen wir ebenfalls erhöhen, und zwar um 400.000 EUR.

Unsere Zuweisungen im Bereich der Jugendhilfe wollen wir um knapp 700.000 EUR steigern.

Mehr Geld soll es auch geben für die sozialen Immobilienagenturen und für Organisationen im Sozialbereich, wovon zB das Rote Kreuz sowie die Sprach- und Integrationskurse profitieren werden.

Sie sehen, werte Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Unsicherheiten und Sparzwänge bleibt die Regierung der DG handlungsfähig.

Wir verwirklichen konsequent all jene Reformen, die wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen und in unserer Regierungserklärung vom 16. September 2024 angekündigt hatten.

In den letzten Monaten haben wir bereits zahlreiche Reformen durchgeführt und Verbesserungen bewirkt.

Man denke bzw. an die Verbesserungen für die Jugendhilfe, die integrierte Gesundheitsversorgung, das öffentlich geförderte Wohnungswesen, für das wir 67 Millionen EUR vorgesehen haben, die zusätzlichen Sprach- und Integrationskurse, die Stärkung von Info-Integration, die Erhöhung der Betreuerzuschüsse in der Sozialwirtschaft oder auch an den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze.

Der Deckungsgrad in der Kleinkindbetreuung hat übrigens einen neuen Höchststand von über 55 % erreicht, was wiederum einer Steigerung von 18 % seit 2020 entspricht.

Das ist ein absoluter Spitzenwert im europäischen Vergleich.

Die Reform der Elternbeiträge wiederum, die eine Kostenlosigkeit in der Kleinkindbetreuung unter dem Medianeinkommen und kostengünstige Tarife in der außerschulischen Betreuung – einschließlich der Ferienbetreuung - vorsieht, hat zu einer spürbaren finanziellen Entlastung der Familien – insbesondere derjenigen mit einem geringeren Einkommen - geführt.

Im Unterrichtswesen wurden gleichfalls alle in unserer Regierungserklärung angekündigten grundlegenden Reformen auf den Weg gebracht

Die unsicheren BVA-Stellen wurden in ein abgesichertes Stellen- und Stundenkapital für besondere Zwecke mit dienstrechtlichen Vorteilen für die betroffenen Personalmitglieder umgewandelt.

Wir verstehen diesen wichtigen Schritt als Übergangsregelung und Vorstufe für eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung.

Die Grundschullehrerausbildung wurde gestärkt, u.a. durch die Aufnahme von Förderpädagogik und Französisch.

Derzeit befinden sich alle Inhalt auf dem Prüfstand, damit das neue, verbesserte, modernen Ansprüchen genügende Lehrprogramm mit erweiterten Praktikumsphasen im September 2025 eingeführt werden kann.

Gleichzeitig arbeiten wir daran, die Rahmenpläne zu verschlanken, um die Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.

Die Harmonisierung der Dienstrechte und die Einführung eines Bildungsmonitoring stehen weiterhin genauso in unserem Arbeitsprogramm; wie eine Reform der Schülerbeförderung, die Schaffung eines Talentcenters zur Berufsorientierung, die Verwirklichung des Schulbauprogramms und die Einrichtung eines Technologiezentrums für die Eifel.

Die Arbeitsmarktreform der ARIZONA-Koalition wird zu fundamentalen Veränderungen in der Beschäftigungspolitik führen.

Und sie wird, wenn der Föderalstaat bei seinen bisherigen Plänen bleibt, zu erheblichen Mehrkosten führen, insbesondere für die ÖSHZ und die DG.

Darüber sprechen wir einerseits natürlich mit dem Föderalstaat.

Andererseits bereiten wir uns intensiv auf die Konsequenzen dieser Reform vor.

Wir werden eine hohe Reaktivität der Behörden brauchen und kurzfristig Maßnahmen ergreifen müssen.

Parallel dazu bauen wir konsequent auf allen Ebenen und in all unseren Befugnissen Bürokratie ab.

Überall da, wo das möglich ist, vereinfachen, beschleunigen und digitalisieren wir unsere Verwaltungsabläufe.

Bislang wurden in dieser Legislaturperiode schon 68 konkrete Beschlüsse zum Bürokratieabbau getroffen, u.a. im Sportbereich, der Jugendpolitik und dem NKS.

Weitere Maßnahmen werden folgen.

Ein besonders großes Potenzial für den Abbau von Bürokratie erkennen wir in der Raumordnung.

Wir arbeiten in diesen Wochen gemeinsam mit allen Gemeinden in einem engen Dialog auf Augenhöhe an einem neuen, maßgeschneiderten Dekret für die Raumordnung in unserer Gemeinschaft und wir kommen dabei sehr gut voran.

Wir halten es für möglich, noch vor der Sommerpause zu einer Einigung mit den Gemeinden und somit zu einem gemeinsam getragenen Entwurf zu kommen.

Und nicht zuletzt verwirklichen wir Schritt für Schritt unsere Digitalstrategie in allen Bereichen, für die wir Verantwortung tragen.

Eigentlich hatten wir vor, heute, auf der Grundlage unserer Regierungserklärung vom September 2024 einige neue Projekte vorzustellen.

Projekte, die teilweise mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind.

Da es aber immer noch keine innerbelgische Einigung über einen mittelfristigen Haushaltspfad gibt und wir unsere finanzpolitischen Handlungsspielräume deshalb nicht definitiv einschätzen können, haben wir es vorgezogen, diesen Punkt zu vertagen.

Wir wollen keine falschen Erwartungen wecken.

Wir wollen sicher sein, dass wir diese Projekte auch finanzieren können, bevor wir sie hier vorstellen.

Ich vermute, dass der Konzertierungsausschuss im Juli Klarheit über den Haushaltspfad schaffen wird.

Dann könnten wir in unserer Regierungserklärung nach der Sommerpause darauf eingehen.

Selbstverständlich dienen uns die 9 Ziele der Strategie „Ostbelgien leben 2025“, auf die wir in unserer Regierungserklärung vom September 2024 eingegangen sind, auch weiterhin als politische Orientierung.

Genauso halten wir an den zahlreichen konkreten Projektideen fest, die wir in derselben Regierungserklärung angekündigt hatten und an denen wir seitdem arbeiten.

Kolleginnen und Kollegen,

trotz der globalen Krisen, der allgemeinen Verunsicherung und der eben erwähnten Anpassungen im Haushalt darf ich Ihnen mitteilen, dass sich das Ergebnis des laufenden Haushaltes 2025 verbessern wird.

Dank unseres fortwährenden Durchforstungsprozesses und strikter Haushaltsdisziplin werden wir im laufenden Haushalt 2025 voraussichtlich einen Überschuss von 1,7 Millionen EUR erzielen.

Das ist bemerkenswert.

Soweit ich das überblicken kann, sind wir nämlich der einzige Gliedstaat in Belgien, dem es trotz aller Krisen gelungen ist, den laufenden Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Das ist noch kein Grund für Euphorie; aber es bestärkt uns, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Zumal der Durchforstungsprozess sein volles Potenzial erst im 2. Halbjahr entfalten wird.

Ich halte es für möglich, dass wir am Ende dieses Jahres im laufenden Haushalt einen Überschuss von etwa 10 Millionen EUR erzielen können.

Das wäre eine gute Nachricht.

Vieles wird aber natürlich von der Entwicklung des Wirtschaftswachstums abhängen.

Für Ausgabeermächtigungen im Infrastrukturbereich sehen wir eine Erhöhung um insgesamt 9,5 Millionen EUR vor.

Darin enthalten sind einige Verschiebungen aus dem Haushaltsjahr 2024, die eben erwähnte Steigerung der Energieprämien und eine Erhöhung der Unterhaltsdotation für die Gemeinden.

Außerdem haben wir 47 Projekte mit einem Zuschussvolumen von 1,5 Millionen neu in den Infrastrukturplan 2025 aufgenommen.

Ein Drittel dieser Zuschüsse kommt den Schulen zugute; zum Beispiel der MG St. Vith, der BIB, der GS Born und der GS Weywertz.

Weitere Projekte betreffen zum Beispiel das Blausteinmuseum Recht, den KFC Olympia Recht, die KF Walhorn und die Tagesstätte am Garnstock.

Durch die Erhöhungen im Infrastrukturbereich verschlechtert sich das SEC-Haushaltergebnis 2025 nach den strengen europäischen Vorgaben zwar um 8,8 Millionen EUR; berücksichtigt man aber, dass wir nach eben diesen europäischen Vorgaben im letzten Jahr unser Haushaltsergebnis um 63 Millionen verbessern konnten; dürfen wir für den angekündigten Doppelhaushalt 2024-2025 insgesamt mit einer Verbesserung von mehr als 50 Millionen EUR rechnen.

Das ist in diesen krisengeschüttelten Zeiten wahrlich mal eine gute Nachricht.

50 Millionen – das entspricht immerhin 10 % eines Jahreshaushaltes unserer Gemeinschaft.

Außerdem weist unsere aktualisierte mittelfristige Finanzplanung nach, dass wir immer noch an unserem Ziel festhalten können, nach dem Jahre 2028 komplett auf die Neutralisierung von Infrastrukturausgaben zu verzichten.

Wir sind die Einzigen in Belgien, die sich das vorgenommen haben.

Der Föderalstaat tut das nicht; Flandern tut das nicht. Die Region Brüssel tut das nicht.

Genauso wenig wie die WR und die FG.

Wir aber verfolgen dieses Ziel weiterhin.

Ob wir dieses ehrgeizige Ziel am Ende tatsächlich erreichen, hängt natürlich von der weiteren Entwicklung der makroökonomischen Parameter und der globalen Krisen ab, die in diesen Zeiten niemand vorhersagen kann.

In jedem Fall werden wir unser Bestes tun und den Haushalt weiterhin konsequent durchforsten.

Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen:

- 1) Die Haushaltskontrolle hat ergeben, dass sich das Ergebnis des Doppelhaushaltes 2024-2025 voraussichtlich um mehr als 50 Millionen EUR verbessert.
- 2) Wir erzielen im laufenden Haushalt einen Überschuss in Höhe von 1,6 Millionen EUR, der am Ende des Jahres wahrscheinlich sogar noch grösser ausfallen wird.

Damit sind wir der einzige Gliedstaat in Belgien, der nach Corona und Flutkatastrophe wieder zu einem ausgeglichenen laufenden Haushaltsergebnis zurückgefunden und damit die Gefahr von Schneeballeffekten gebannt hat.

- 3) Wir leben zweifelsohne in unsicheren Zeiten.

Deshalb war es wichtig und richtig, die Gemeinschaft gleich zu Beginn der Legislaturperiode auf schwierige Zeiten vorzubereiten, politische Verantwortung zu übernehmen und unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

- 4) Wir werden in den laufenden finanzpolitischen Verhandlungen auf föderaler Ebene darauf bestehen, gleichberechtigt behandelt zu werden und Schaden von unserer Heimat abzuwenden.

Ich wünsche uns allen konstruktive Haushaltberatungen in den Ausschüssen und danke für Ihre Aufmerksamkeit.